

Politik drängt auf Verlängerung der Schulsozialarbeiter-Verträge

VON MONIKA KLEIN

LEVERKUSEN Ende des Jahres laufen die befristeten Arbeitsverträge für 13 Schulsozialarbeiter aus, die aus dem Bildungs- und Teilhabepaket finanziert werden. Aber die Schulen brauchen sie weiterhin dringend. Hauptsächlich beraten die Sozialarbeiter Schüler und Eltern bei der Inanspruchnahme von Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket und helfen bei der Antragstellung. Darüber hinaus fungieren sie als Lotsen und vermitteln bei Bedarf geeignete Angebote der stadtweiten Hilfesysteme. Arbeitsschwerpunkt ist neben der Einzelfallberatung Hilfe beim Übergang Schule/Beruf.

Auf diese Hilfe sind die Schulen auch in Zukunft angewiesen, jedenfalls könnten die Aufgaben nicht durch Lehrer abgefangen werden. Das hat die Ratsmehrheit Jamaika Plus (CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Unabhängigen) in Gesprächen mit den Schulleitungen erfahren und deswegen im Kinder- und Jugendhilfeausschuss einen Appell an die Verwaltung formuliert. Die soll nun Kontakt mit der

Landesregierung aufnehmen und auf eine gemeinsame Lösung drängen, die Schulsozialarbeiter weiter zu beschäftigen. Für die 13 Stellen sind das Kosten von 950 000 Euro im Jahr, die von der Stadt Leverkusen als „freiwillige Leistung“ nicht selbst bezahlt werden können.

Bei der Beratung im Schulausschuss ging man sogar noch weiter.

„Die Stadt muss auch mit dem Bundestag über die Weiterbeschäftigung der Schulsozialarbeiter verhandeln“

Ernst Küchler, SPD

Die 13 Schulsozialarbeiter seien sogar zu wenig, war man sich durch alle Fraktionen einig.

Ratsherr Bernhard Marewski (CDU) führte als Beispiel die Berufsschulen an der Bismarckstraße an, die für insgesamt 3500 Schüler eine einzige Sozialarbeiterin hätten. Dort wünsche man sich zusätzlich einen Mann, der gegenüber bestimmten Schülern ganz anders

aufreten könne. Die Verwaltung müsse nicht nur mit dem Land, sondern auch mit Bundesrat und Bundestag über die Weiterbeschäftigung der 13 Schulsozialarbeiter verhandeln, verlangte Ernst Küchler (SPD), was der Ausschuss anschließend einstimmig beschloss. Und das müsse bald geschehen. Da dürfe man nicht bis Herbst warten, so Marewski, sonst hätten sich die Sozialarbeiter schon neu orientiert und woanders Verträge unterschrieben.

Mit der Umsetzung von Inklusion kämen noch weitere Aufgaben auf die Schulen zu, die von den Lehrern nicht geleistet werden könnten, fügte Helmut Ring an. Der Leiter der Rat-Deycks-Schule vertritt die Schulen als beratendes Mitglied im Kinder- und Jugendhilfe-Ausschuss. Seiner Meinung nach wäre das eigentlich eine schulische Aufgabe und damit Sache des Landes und nicht der Kommune.

Angeblich sollten für Inklusion ja neue Lehrer eingestellt werden. „Aber woher die kommen sollen, wissen wir nicht“, sagt Ring. „Bei Sonderschullehrern ist alles abgegrast.“